

„Wenn der so bekloppt ist und durch die Scheibe läuft...“¹

Guben nach dem Tod des algerischen Asylbewerbers Omar ben Noui / Farid Guendoul am 13. Februar 1999

von Fritz Burschel (Februar 1999)

In der Nacht vom 12ten auf den 13ten Februar 1999 wurde in Guben der algerische Asylbewerber Omar ben Noui / Farid Guendoul Opfer einer rassistischen Gewalttat. Den genauen Tathergang mag man, wo er denn eindeutig zu klären ist, der Dokumentation entnehmen. Tatsache ist, daß der 28jährige Asylbewerber auf der Flucht vor ihn und seine zwei Begleiter im Auto verfolgenden Jugendlichen, die rassistische Parolen gröhlten, versuchte in den Hauseingang Hugo-Jentsch-Str. 14 zu kommen. Als er diesen verschlossen fand, trat er in Panik die untere Scheibe der Tür ein und schlüpfte hastig hindurch. Dabei zog er sich eine tiefe Schnittwunde in der Kniekehle zu, aus der er stark blutete. Das muß um etwa 3 Uhr früh gewesen sein. Kurze Zeit später war Omar ben Noui verblutet. Hilfe war zu spät eingetroffen.

Unterdessen hatte ein beherzter Taxifahrer einen der Begleiter ben Nouis / Farid Guendouls, den Sierra Leonesen Issaka Kaba, in Sicherheit gebracht. Der Mann wurde dann in einer nahegelegenen Gaststätte - Tom's Bistro - von der Polizei unter dem Verdacht der Körperverletzung festgenommen und fünf Stunden in Handschellen festgehalten. Auch fünf der beteiligten rechtsgerichteten Jugendlichen wurden noch in derselben Nacht festgenommen.²

Grund einer Recherche der Hintergründe der Tat vor Ort etwa einen Monat danach war weniger, verborgene Details aufzustöbern oder widersprechenden Aussagen nachzugehen, als vielmehr etwas über den Umgang mit der Tat, ihre Konsequenzen und die Atmosphäre in der Grenzstadt zu erfahren. Die Ergebnisse der Gespräche mit Verantwortlichen der Jugendarbeit und der Polizei, mit betroffenen Antifas und Leuten aus dem Umfeld der Asylbewerberunterkünfte sowie einem jungen Rechten und dem NPD-Landtagskandidaten fördern eine Stimmung zutage und dokumentieren eine Haltung der Mehrheit, die zum Verzweifeln ist. Nicht aber, weil diese Atmosphäre etwas Besonderes hätte, sondern weil sie die minutiöse Wiederholung dessen ist, was stattfindet, wenn - mal wieder - ein „Ausländer“ seinen Aufenthalt in Deutschland mit dem Leben bezahlen mußte. Die Putzlauge, mit der das Blut am Tatort aufgewischt wurde, war noch nicht ganz getrocknet, als schon der Prozess der Verharmlosung, der Relativierung und der Verhöhnung des Opfers begann.

Halsstarrige Untätigkeit oder Rassismus in der Exekutive

Der Brandenburgische Generalstaatsanwalt, Erardo Rautenberg, ist sicher jemand, dem man abnimmt, daß er sich ernsthafte Gedanken über den Umgang mit rechter Gewalt in Brandenburg macht. Und wenn er in der Süddeutschen Zeitung³ postuliert, die *„Bekämpfung und Verfolgung rechtsgerichteter Straftaten hat bei Polizei und Staatsanwaltschaft höchste Priorität“*, hofft er sicher auch, das dem so sei. Doch da irrt

¹ Jungle World vom 24.2.99

² Vgl. Jungle World, 17.2.99, S.7 und 24.2.99, S.28f; Frankfurter Rundschau vom 15.2.99, 16.2.99, 17.2.99, 18.2.99

³ Süddeutsche Zeitung vom 3./4./5. April 99

er, was sich am Beispiel des Gubener Rassismusopfers ben Noui / Farid Guendoul auf verstörende Weise belegen läßt. Schon am Dienstag nach ben Nouis / Farid Guendouls Tod war in der Zeitung "Die Welt" zu lesen, daß weder die Staatsanwaltschaft noch die Polizei von „rechtsradikalen Motiven" bei der Hetzjagd von Obersprucke, dem Neubaugebiet, wo die Hetzjagd stattfand, ausgingen. Der leitende Polizeidirektor in Cottbus, Klaus Zacharias, wird mit den Worten zitiert: „Es stand weniger Fremdenfeindlichkeit im Vordergrund als allgemeine Gewaltbereitschaft." Und das, obwohl die Täter aus den Autos rassistische Sprüche und „Türken raus" gebrüllt haben. Obwohl sie schon Stunden vor der Tat einen Afro-Deutschen und seine Freundin mit dem Tode bedroht und eine weitere Frau mit rassistischen Sprüchen beleidigten und mit Bier besudelten. Es seien einfach nur Jugendliche gewesen, „die sich außerhalb der Gesellschaft gestellt" hätten, so Zacharias. Ähnlich sah man das in Guben noch Wochen nach der Tat seitens der dortigen Ordnungshüter.

„Wer redet denn von rechten Gewalttätern?", poltert der Gubener Polizeichef Klaus Lippmann dem Pressevertreter entgegen, der sein Büro im ersten Stock der lokalen Polizeiwache in jenen Tagen betritt⁴. „Das waren ganz normale kriminelle Jugendliche." Da ist sich Lippmann sicher, und auch mit seiner Version des Tathergangs ist er wohl mehrheitsfähig im deutschen Teil der deutsch-polnischen Zwillingstadt Guben-Gubin, wo man sich als Opfer aufbausender Medienberichterstattung empfindet. Allenthalben wird Unverständnis darüber geäußert, weshalb der flüchtende ben Noui / Farid Guendoul denn unbedingt durch das Fenster springen mußte. Lippmann hat hier ein Zivilisationsgefälle ausgemacht, wenn er über Omars Begleiter, einen Afrikaner, den Satz sagt: „Ich weiß nicht, aus welchem Land der kommt, ich kenn die Gepflogenheiten nicht, wo die dort leben, und ob die die Gepflogenheiten hier kennen, aber sie hätten einfach klingeln sollen." Dann wäre den Flüchtenden aufgetan und geholfen worden. Daß eine solche Panikreaktion des Gehetzten in Anbetracht von fast alltäglichen rassistischen Gewalttaten und rassistischen Mordanschlägen in Ostdeutschland nur verständlich ist, wird ignoriert.⁵

Die nackte Angst des Opfers wird den tatenlosen Bewohnern des Schauplatzes Guben zur aktiven Bedrohung ihres Friedens, ihres Ansehens. Mehr noch: mit Hilfe der Vorgeschichte der Hetzjagd gelingt es nicht nur Lippmann sondern auch einem der Verteidiger der Täter vor Gericht, die Tatsachen so zu verdrehen, dass am Schluß die Täter die Opfer einer Hetzjagd „von Ausländern auf deutsche Jugendliche" sind.⁶ Auch der frühere Volkspolizist Lippmann, der seit Ende 91 die Gubener Polizeiwache leitet, zeigt viel Verständnis für den Zorn der deutschen Jugendlichen, nachdem ein junger Mann - der als rechter Schläger bekannte Ronny Penschow - angeblich von „Ausländern" - mit einer Machete verletzt worden sei. Dessen Freund, der stadtbekanntes Neonazi Alexander Bode „war natürlich sehr aufgeregt, daß einer seiner Gefolgsleute den Arsch vollgekriegt hatte", so Lippmann. Als Bode nun diesen Zornausbruch in Penschows Wohnung hatte, versammelte sich um die beiden die Gruppe der Jugendlichen, die Lippmann für lediglich kriminell hält. Verständlicherweise, so könnte man meinen, wenn man Leuten wie Lippmann zuhört, brachen die jungen Männer nun

⁴ Gespräch vom 3.3.99 mit dem Autor

⁵ Gut einen Monat nach dem Tod ben Noui / Farid Guendouls stach in Schwedt ein 19jähriger Neonazi einen Libanesen aus heiterem Himmel ein Küchenmesser in den Rücken und brachte ihm lebensgefährliche Verletzungen bei. Da das Messer bei diesem irrwitzigen Mordanschlag abbrach, konnte der Täter sein selbst erklärtes Vorhaben, auch den Begleiter des Opfers zu erstechen nicht vollenden, vgl. Frankfurter Rundschau vom 29.3.99 und 30.3.99

⁶ Rechtsanwalt Hellmuth Dittberner vor laufender ORB-Kamera am Tage der gerichtlichen Ortsbegehung ??????

in ihren Autos auf, den „dunkelhäutigen“ oder auch „ganz schwarzen“ Täter zu suchen.⁷ Sie wollten ihn, nach Meinung Lippmanns, nur stellen und der Polizei übergeben. Ein ganz harmloses Unterfangen also, im Sinne der Gerechtigkeit. Die ominöse Machete ist übrigens niemals aufgetaucht, sorgt im Verfahren jedoch immer wieder für von den Verteidigern erwünschte Verzögerungen und Verdächtigungen. Welcher Art die Verletzungen des deutschen „Opfers“ gewesen sind, konnte auch etliche Wochen nach der Tatnacht, ja eigentlich bis heute, über ein Jahr nach der Tat, niemand korrekt benennen. Und auch, ob es angemessen war, einen Begleiter ben Noui / Farid Guendouls deshalb mehrere Stunden in Handschellen festzuhalten, stellt noch heute niemand in Frage.

Lippmann hielt an dieser Version, die mit der der Angeschuldigten widerspruchsfrei übereinstimmt, auch fest, obwohl es in den drei Wochen seit der Hetzjagd auf ben Noui / Farid Guendoul und seine zwei Begleiter schon wieder eine ganze Reihe rassistischer Vorfälle gegeben hatte. Kaum vier Tage nach dem Tod des Asylbewerbers tauchten Hakenkreuze und SS-Runen direkt neben dem Hauseingang in der Hugo-Jentsch-Straße auf, wo Omar ben Noui / Farid Guendoul starb. Am Wochenende nach der Tat sammelten sich - nach Aussagen etlicher Augenzeugen - etwa 50 Neonazis im Zentrum nahe dem Grenzübergang nach Polen. Angeblich, um sich gegen Racheakte von „Linken und Ausländern“ zu schützen. Die Ansammlung wurde von der Polizei mittels Platzverweisen aufgelöst. Polizeichef Lippmann hat auch nur 15 Rechte gesehen, dafür „200 Meter Luftlinie davon entfernt 28 Linke“, die ebenfalls zerstreut worden seien. Am Freitag, 13 Tage nach der Tat, wurde erneut ein Asylbewerber, ein Afrikaner, Ziel einer Autoattacke. Auf der Bahnhofstraße raste ein Fahrzeug auf ihn los und verfolgt ihn entlang des gottlob mit Bäumen bestandenen Gehsteigs. Mit kapper Not entkam der Mann diesem Angriff. Polizeichef Lippmann läßt in der Ausdrucksweise durchblicken, was er von dieser Geschichte hält: „Der will da etwa um 16 Uhr auf der Straße gelaufen und dann von einem roten Auto verfolgt worden sein.“ Außerdem habe erst Stunden später um etwa acht Uhr abends der Leiter der Asylbewerberheime in Guben und Sempten, David Nicette, den Vorfall der Polizei gemeldet.

Am selben Abend kam es zu Pöbeleien seitens einer Gruppe von Jungnazis gegen vier kurdische Asylbewerber in einer Spielhalle. Einer der Rechten machte die „Ausländer“ mit den Worten an: „Wenn ich euch sehe, kriege ich echt Kopfschmerzen“. Die Betroffenen mußten von der rechtzeitig alarmierten Polizei in ihr Wohnheim in der Forster Straße eskortiert werden.⁸ Bereits tags darauf provozierten grölende Jugendliche die Bewohner derselben von einem zweieinhalb Meter hohen Stracheldrahtzaun umgebenen Unterkunft. Klaus Lippmann hat für all diese Vorfälle, die im Gefolge von ben Noui / Farid Guendouls Tod umso erschreckender wirken, immer eine verharmlosende Floskel oder eine offene Infragestellung parat. Es gibt in Guben keine „Ausländerfeindlichkeit“, das scheint für ihn auch dann festzustehen, wenn alle Anzeichen das Gegenteil andeuten.

Wenn es um die Einordnung dieser Vorgänge geht, wird man in Guben nicht nur bei der Polizei spitzfindig. Ob es sich um rechtsorientierte oder rechtsgerichtete Jugendliche handelte oder um richtige Neonazis ist für die Bewertung der Hetzjagd und der

⁷ Polizeidirektor Klaus Zacharias: „Die Beteiligten verständigten sich über Handys und riefen zum 'Neger-Suchen' auf“, Frankfurter Rundschau vom 16.2.99

⁸ Und das, obwohl der ermittelnde Staatsanwalt in Cottbus, Robineck, kurz nach ben Noui / Farid Guendouls Tod noch auf die Frage, ob die Polizei den Ausländern nicht besser habe Schutz bieten können, antwortete: 2Die Polizei ist doch kein Taxiunternehmen.“, vgl. „Die Welt“ vom 16.2.99

folgenden Übergriffe für den feinsinnigen Zeitgenossen offenbar von Bedeutung. Den Opfern rechter Gewalt indes und den insgesamt 260 Bewohnern der beiden Asylbewerberheime in Guben und Sembten, die sich - zumal nach Einbruch der Dunkelheit - nur noch in Gruppen bewegen, dürften Nuancen der rechten Orientierung marodierender Jugendlicher herzlich egal sein. Die meisten von ihnen hatten wenige Tage nach der Hetzjagd eine Verlegung fort von Guben beantragt. Eine Hetzjagd sei es ohnehin nicht gewesen, formuliert Klaus Lippmann den Punkt, bei welchem sich viele Gubener von den Medien verleumdet glauben. Schließlich liege der Tatort in der Hugo-Jentzsch-Straße nur etwa 200 Meter von der Diskothek „Dancehall“ entfernt, aus welcher Omar ben Noui / Farid Guendoul und seine beiden Begleiter kamen. Von einer Hetzjagd durch die ganze Stadt könne also überhaupt nicht die Rede sein, rechten da die Gubener. Wenn aber kümmert die Qualität der Verfolgung angesichts ihres rassistischen Hintergrundes und des tödlichen Ausgangs? Vollends zur „autorisierten“ Sichtweise geworden ist Lippmanns Kolportage gut einen Monat nach der Tat. Die für ihre wenig zimperliche Berichterstattung berüchtigte „Lausitzer Rundschau“⁹ veröffentlichte eine Meldung, derzufolge den Jugendlichen - wohlgemerkt den Tätern - möglicherweise ein Irrtum unterlaufen sei: „Bei der tödlichen Hetzjagd in Guben vor gut vier Wochen haben die rechtsradikalen Verfolger offenbar ihre Opfer mit anderen Ausländern verwechselt“. Irren ist menschlich: den an sich vernunftgeleiteten Zuarbeitern der örtlichen Polizei ist ein kleiner Irrtum unterlaufen. ben Noui / Farid Guendoul war garnicht gemeint, sondern ein verdächtiger Cubaner - immerhin auch ein Schwarzer - der einen der Kameraden „mit einem Eisenwerkzeug“ verletzt haben soll. Wieder scheint durch die Berichterstattung die Version, daß es an sich ganz normal, richtig oder zumindest nachvollziehbar ist, daß eine Horde für ihr rassistische Aggressivität bekannter Jugendlicher selbst die Verfolgung eines „kriminellen“ Ausländers aufnimmt, und daß nur ein bedauerliches Versehen dem guten Vorsatz ein tragisches Ende bereitete. Denn die eigentlichen Täter sind doch andere, so konnte man die Sprecherin der Staatsanwaltschaft Cottbus, Petra Hertwig, zumindest gemäß der LR-Meldung verstehen: „Im Zusammenhang mit dem Tod des algerischen Asylbewerbers Omar Ben Nou ermittelt den Behörden nun gegen den 38jährigen Kubaner“.

Einmal Saulus...

Zweite Station in Guben ist der Chef der etwa 35 kommunalen Sozialarbeiter, Ingo Ley. Er ist eine ebenso schillernde wie zwiespältige Figur in der Gesellschaft Gubens. Seine Vorgeschichte, sein Wirken als eine Art Stadtjugendpfleger und seine Rolle im Zentrum der Auseinandersetzungen um rechte Gewalt in Guben machen deutlich, daß an ihm in gesellschaftspolitischer Hinsicht einiges hängt in der 30 000-Einwohner-Stadt. Aber auch seine Persönlichkeit bietet einiges, was nicht zu der verantwortungsvollen Aufgabe des Chef-Streetworkers paßt, ihr möglicherweise sogar in gefährlicher Weise zuwiderläuft.

Ungefragt gibt er nichts preis von seiner wechselvollen Lebensgeschichte. Erst wenn man ihn mit all den Gerüchten konfrontiert, die man schon nach kurzer Zeit überall über ihn aufschnappt, und fragt, was dran sei an ihnen, grinst er breit und sagt nicht ohne Stolz: An jedem einzelnen sei etwas dran. Ingo Ley war - nach eigenen Angaben -

⁹ LR vom 17.3.99

schon Satanist, irgendwann Anfang der 80er Jahre, ehe er Mitte der 80er zu einem Neonazi wurde, der als Skinhead in Königswusterhausen mit seiner Rotte sein Unwesen trieb und auch bei Angriffen auf Ausländer dabei war. Zur Wendezeit saß der schwere Alkoholiker in Haft, wurde 1993 entlassen und kam mit Hilfe einer christlichen Organisation der Suchthilfe von der Alkoholsucht los. Er habe durch das christliche Bekenntnis die Sucht besiegt und ziehe daraus die Kraft für die frustrane Arbeit. Dabei steht er auf und holt aus einem Schränkchen eine Laubsägearbeit, welche ein Kreuz darstellt und in dessen Querbalken das Wort „Jesus“ eingeschnitten ist. Er amüsiert sich darüber, daß er von einem „schwarzen“ zu einem „weißen Engel“ geworden ist. Er habe Prediger werden wollen, erzählt Ley weiter. Das glaubt ihm wohl, wer seiner lauten Stentorstimme und den durchaus nicht ungeschickt gewählten Worten eine Zeitlang ausgesetzt ist. Auf die Dauer, das merkt man, wenn es im Kopf zu dröhnen beginnt, dürfte er jeden Gesprächspartner übertönen und zum Verstummen bringen. Doch er ist in der Predigerschule in Hamburg nicht genommen worden, statt dessen stieg Ley in die Gubener Jugendsozialarbeit ein.¹⁰

Dieser neugewonnene Glaube als Kraftquelle drückt sich auch in vielen Selbsteinschätzungen und geradezu biblisch verbrämten Prophetien des Sozialarbeiters aus. „Wenn mich einer abnickt, bin ich eher, wo ich hin will“, kokettiert der Neu-Christ mit dem Erlösungsgedanken angesichts zahlreicher Morddrohungen, denen er ausgesetzt ist. Aber auch der Gedanke, inmitten all des Ärgers eine Märtyrer-Rolle innezuhaben und von allen Beteiligten die einzig wahre, gute und seligmachende Position zu vertreten, scheint ihm sichtlich zu behagen. Man soll den Eindruck gewinnen, daß er der einzige ist, der die Zusammenhänge begriffen hat, der das richtige tut und nur an der mangelnden Kooperation anderer scheitert. Wenn er lamentiert, er habe bereits 187 Interviews gegeben nach ben Noui / Farid Guendouls Tod, so steckt dahinter nichts weniger als die Eitelkeit dessen, der sich darstellen kann, der seine Leistungen und seine mißverstandenen Taten ins rechte Licht rücken kann.

„Ich krieg keine linke Subkultur hoch!“ ruft er aus. Welche Selbstüberschätzung in dieser Aussage liegt, wie sehr sie Leys rigide entpolisierten Jugendpolitik konterkariert und wie sehr er selbst verantwortlich ist für das Fehlen linker Alternativen, begreift nur, wer die großspurigen Äußerungen hinterfragt. Ley glaubt nämlich daran, daß man Linke, zum Beispiel die relativ verlorene Handvoll Antifas, und „Ausländer“ zu den sozialen Brennpunkten karren müsse, um dort ein Gegengewicht zum rechten Mainstream zu etablieren. Wie er das aber ohne das Angebot dezidiert politischer Standpunkte gegen Rechts, die sein eigenes Konzept verbietet, erreichen will, verrät er nicht.

Unangenehmen Fragen nach neuen Konzepten geht er ohnehin mit dem Hinweis aus dem Weg, daß er nur ein Verwaltungsorgan sei und das eigentlich zuständige Jugendamt in Forst ihn ohne gesetzlich vorgeschriebene Jugendhilfeplanung im Regen stehen lasse. Auch sei er nicht für die Täter des 13.2. zuständig, stellt er kategorisch fest: „Die gehören zu den freien Trägern.“ Diese Sichtweise macht ihn im Grunde gegen jede Art von Kritik immun, denn er vermag immer auf die Zuständigkeit anderer zu verweisen.

Es ist sicher nicht richtig, allein die Jugendsozialarbeit für Erscheinungen wie Rechtsextremismus verantwortlich zu machen. Es ist sicher ebenso falsch, allzuviel von

¹⁰ Es gab in diesen Jahren auch ein bundesweit aufgelegtes Programm, Aktionsprogramm gegen Ausländerfeindlichkeit und Gewalt (AGAG), das gezielt auf die Einbindung einschlägig aus der rechten Szene stammender oder ihr nahestehender Personen in die entsprechende Sozialarbeit propagierte. Ley hat mit AGAG wohl nichts zu tun gehabt, es dürfte hier aber ein ähnliches Kalkül seiner Dienstherrn vorliegen

einer sozialpädagogischen Ausbildung angesichts so gelagerter Probleme zu erwarten. Und doch muß die Frage gestattet sein und gestellt werden, ob sich gerade in dem sehr sensiblen Bereich der offenen Jugendarbeit der Bock tatsächlich doch zum Gärtner machen läßt. Es mag ja sein, daß einer, der erst vor sechs Jahren mit all jenem aufgehört hat, was es in der Sozialarbeit an Problemen gibt - Sucht, Gewalt, Sektenunwesen, Rechtsextremismus - besonders gut geeignet ist, in einer mit solchen Problemen befrachteten Situation das Richtige zu tun. Im Falle Ingo Ley jedoch, der ohne sozialpädagogische Ausbildung die Geschicke der Jugendsozialarbeit in Guben lenkt, scheint dieses Konzept nicht aufzugehen. Ley hat inzwischen ein Studium der Sozialpädagogik begonnen und versteht es meisterlich, mit den Begriffen aus dem Sozialmanagement zu blenden. Da werden Farbdiagramme ausgedruckt, von Effizienz, Eigenevaluation nebst Außenevaluierung, über Zielvereinbarungen, Qualitätsmanagement und den Produktkatalog der örtlichen Jugendsozialarbeit geredet und so das Scheitern der akzeptierenden Jugendarbeit mit Rechten und des Politikverbots in der Jugendarbeit kaschiert.

Trotz einer Vielzahl bemühter Ansätze in der Jugendhilfe der zurückliegenden Jahre kann der rauhbeinige Streetworker eine angesichts der Probleme verheerende Konzeptlosigkeit und Widersprüchlichkeit nicht verbergen.

Er steht in Guben für eine weitgehende Entpolitisierung der Jugendarbeit und für die umstrittene akzeptierende Sozialarbeit mit rechten Jugendlichen. Und allerspätestens seit Guben muß dieses Konzept als gescheitert angesehen werden. Wo die rechten Schläger und ihre rechts orientierte Klientel auftauchen, werden andere Jugendliche - und das müssen wahrlich keine linken Jugendlichen sein - verdrängt, an die Wand gedrückt oder zur Konformität gepreßt. In die so zurechtgestutzten Einrichtungen kommen dann geschulte Nazi-Kader, für deren Mobilisierungsarbeit diese Klubs gemachte Betten sind. Zu verfolgen war dies beim Gubener „Haus der Familie“, wo der freie Träger sich als unfähig erwiesen hat, zu verhindern, daß aus dem Treffpunkt „Junge Welt“ eine „Nazi-Saufkneipe“ geworden ist. „Die waren schon teilweise ignorant: Die haben nicht hingeschaut, die haben sich nicht auf die neue Klientel eingestellt“, sagt Ley über den Träger. Er bemühe sich mit seinen Leuten, darunter acht Streetworkern, an die problematischen Cliques heranzukommen, zwei seiner Streetworkerinnen seien sehr nah an diesen Gruppen rechter Jugendlicher dran, alle anderen, insbesondere die freien Träger der Stadt indes drückten sich vor ihrer Verantwortung in den Problem-Vierteln in Obersprucke.

Hier macht es sich Ley im übrigen auch mit der Einordnung rechter Gewalt sehr leicht. Er betont den Zusammenhang einer rechtsgerichteten Gesinnung mit sozialen Problemen: Obwohl er wie Lippmann bestätigt, daß es sich bei den Tätern der Hetzjagd um Jugendliche aus sozial einigermaßen stabilen Familien handelt, die in Lohn und Brot stehen oder Lehrstellen haben, sieht er im „WK IV“, dem Wohnkomplex 4, der Plattenbausiedlungen in Obersprucke - einer PDS-Hochburg, wo die sozial Schwächsten der Stadt wohnen - das Zentrum der rechten Szene, wo 68 Prozent der Jugendlichen rechts orientiert seien. Hier müßten die freien Träger der Jugendhilfe ihre Sozialarbeiter hinschicken, hier gelte es, den Jugendlichen Alternativen links von Rechts anzubieten. Man dürfe den rechten Rattenfängern wie den Nazi-Kadern Christian Wendt und Frank Schwerdt, die hier seit Jahren Anhänger rekrutierten, nicht das Feld überlassen, ruft er aus. Wer es dennoch tue, mache sich an rechter Gewalt mitschuldig, so sein Credo.

Der schrille Rufer in der Wüste

Für Ley - und nicht nur für ihn - ist es ohnehin abgemachte Sache, daß alles Schlechte in Guben von Außen kommt. Und weil er sich mit den Regeln des Dienstweges schwertut, schreibt er darüber schon mal als Privatmann einen zündenden Leserbrief an die „Lausitzer Rundschau“. Dabei begibt er sich auf höchst schlüpfriges Terrain, denn er bedient mit seinen pathetisch vorgetragenen Mahnungen eine diffuse Angst, die in der Stadt vorherrscht und rassistischen Positionen in Guben Vorschub leistet. Der Sozialarbeiter hält es in seinem Brief für richtig, vor einem nebulösen Mordkomplott Betroffener zu warnen, die sich mit gezielten Anschlägen an den führenden Nazis vor Ort rächen könnten. „Sie werden die Köpfe der rechten Szene einfach abknallen“, schreibt er.¹¹ Er glaubt, es rüttelte die ohnehin schon kopflosen Gubener auf, wenn er den Hinweis veröffentlicht, daß sich auch die Nazis auf dem Schwarzmarkt - freilich außerhalb der Stadt- und Landesgrenzen in Polen - mit scharfen Waffen eingedeckt hätten, um ihre Leben zu verteidigen. Hier gerät endgültig zur Brandrede, was als Frucht besonnenen Nachdenkens verkauft wird. Was Ley mit diesen öffentlichen Stellungnahmen anrichtet, disqualifiziert ihn vollends als Sozialarbeiter. „Während ich das alles hier schreibe, laufen mir die Tränen über das Gesicht, denn es sind auch meine Stadt, meine Kinder und mein Leben, die hier auf dem Spiel stehen“, so wirft sich Ley in die biblische Pose des Rufers in der Wüste, der mit denselben Parolen jene Angst schürt, die er mit seinen vernünftigen Gedanken bekämpfen zu wollen vorgibt. Die paar interessante Fragen und Gedanken des „Privatmannes“ Ley überdecken geschickt, was der Brief bei LeserInnen bewirken muß. Es entsteht in jedem Falle der Eindruck, daß eine Verschwörung fremder Killer im Gange ist, daß für das Schlamassel in der Stadt das Wirken von Nazi-Demagogen aus Berlin verantwortlich ist, daß von der heimischen Antifa - was den Konflikt verschärft - auswärtige Linke, etwa Kreuzberger Autonome, herbeigerufen werden und die verleumderischen Medien kübelweise Schmutz über die ansonsten unschuldige Stadt und ihre braven Bürger ausschüttet. All das ist es, was von außen über das friedliche Guben hereinbricht und die Stadt in Angst versetzt. Hier spricht Ley dem Opfer Guben aus der Seele.

Das Hantieren mit ebenso hirnrissigen wie nebulösen Gerüchten über besagte Killer, machen Ley zu einer Quelle der Eskalation. „Ich weiß auch, daß es Leute in unserer Stadt gibt, die bereit und in der Lage sind, über professionelle bezahlte Mörder Ruhe in die Stadt zu bringen!“ schreibt er und ist damit mitverantwortlich, wenn sich die Rechtsextremisten in Guben bewaffnen. Und Ley hat mit dieser „Taktik“ auch einen Kooperationspartner gefunden, den Chef der beiden Asylbewerberunterkünfte, David Nicette. Auch Nicettes spielt schmunzelnd mit angeblich geheimem Insiderwissen über irgendwelche Italiener, die kämen, ihren Job machten und dann schon wieder fort seien. Oder waren es doch Araber, oder die noch aus DDR-Zeiten in Guben hängengebliebenen Kubaner, die einer Eliteeinheit in Mosambique angehört haben sollen und angeblich auch als Türsteher im „Dance-Club“ arbeiten? „Wenn es um die Nazis geht, könnte ich zum Nazi werden. Wir sperren die KZs wieder auf, stecken alle Nazis hinein, die Juden machen die Erschießungen und wir Schwarzen besetzen die Wachtürme“, sagt Nicette, ausdrücklich wissend, daß er mit Pressevertretern spricht. Die wirklich schwachsinnigen Gerüchte, die dieses Gespann in die Welt setzt, sind

¹¹ Dieser Satz erschien nicht im Abdruck in der Lausitzer Rundschau vom 6.3.99, liegt dem Autor aber als Vorausdruck von Leys Manuskript vor

Legion, sie machen die beiden zu gefährlichen Akteuren in einer ohnehin aufgeladenen politischen Atmosphäre.¹²

„Die eigentlichen Opfer“

„Die eigentlichen Opfer der ganzen Geschichte sind die Eltern der Täter“, erklärt Sozialarbeiter Ley nicht nur vor der Presse sondern auch vor laufender Kamera.¹³ Er steht wieder im Mittelpunkt: Die Eltern der zum Teil noch Monate nach Ben Nouis Tod inhaftierten Täter meldeten sich bei ihm. Sie klagten über die soziale Ächtung ihrer Familien, Drohanrufe und eine daraus entstehende psychische Ausnahmesituation. Ihre Kinder würden in der Schule gehänselt, sie selber litten an Kopfschmerzen, Depressionen und blanker Angst, erzählten sie dem Jugendpfleger. Die reißerische Aufmachung der Geschichte in Film, Funk und Fernsehen habe zu Vorverurteilungen und Falschmeldungen - so habe es sich eben nicht um eine Hetzjagd durch die ganze Stadt gehandelt - geführt. Ohne die Taten ihrer Kinder zu billigen, fühlen sich ihre Angehörigen als Opfer einer ungerechten „Öffentlichkeit“. Außerdem wird ihren Kindern ein völlig ungerechtfertigtes „Skinhead-Image“ von außen erst übergestülpt, so faßt Ley im Gespräch die Klagen der Eltern der Täter zusammen.

Natürlich muß man die Not von Eltern ernst nehmen, die mit den fürchterlichen Taten ihrer Sprößlinge konfrontiert sind. Ihnen jedoch das Gewicht zu geben, mit ihren Beschwerden beweisen zu wollen, daß Unrecht wider die Täter, ihr Umfeld und Guben geschieht, kann ja wohl nicht wahr sein. Am Schluß solcher Rechnungen bleiben nur noch Opfer. Das tatsächliche Opfer, der Tote eines rassistischen Übergriffes, wird zu einem seltsam gesichtslosen und in letzter Konsequenz mitverantwortlichen Umstand. „Wenn ich irgendwo Asylant bin, hab ich um zwei Uhr nichts mehr auf der Straße zu suchen“, faßt folgerichtig ein Bürger der Stadt diese Haltung zusammen. Es entsteht eine Wagenburg-Mentalität, in der - wie in Leys Analyse - alles schlechte von außen über das an sich friedliche Guben hereinbricht.

Auf Linie bringen - unpolitische Sozialarbeit ist parteiische Sozialarbeit

Wie hingegen mit SozialarbeiterInnen umgegangen wird, die den Pfad der Tugend, also absoluter Neutralität und des Mittragens der akzeptierenden Ansätze, verläßt, verdeutlicht auf bizarre Weise die fristlose Kündigung einer Mitarbeiterin des Jugendclubs „No Budget“. Der 24jährigen Sozialarbeiterin wird die Teilnahme an einer antifaschistischen Demo einen Tag nach der mörderischen Hetzjagd von ihren Arbeitgebern zur Last gelegt. Der fristlose Rauswurf schien dem Träger des „No Budget“, dem „Förderverein für alternative Jugendarbeit“, wegen des Verstoßes „gegen den Grundsatz der Neutralität“ gerechtfertigt. Die Demo sei von „offensichtlich extremen Personen“ organisiert worden, heißt es im Kündigungsschreiben, damit habe die Entlassene die „Vertrauensbasis zu einem Teil unserer jugendlichen Klientel zerstört“, so heißt es weiter. Man muß sich angesichts derart hahnebüchener Vorgänge schon ins Gedächtnis rufen, daß sich die Demo - wer immer sie organisiert hat - gegen die tödliche rechtsextremistische Gewalt in Guben richtete.

¹² David Nicette sitzt inzwischen in Untersuchungshaft wegen des Vorwurfs der Vergewaltigung einer Jugendlichen

¹³ ORB-Beitrag vom ???

Wenn es um Extremismus geht, exerzieren Gubener Sozialarbeiter vor, was sie mit der akzeptierenden Jugendarbeit ad absurdum führen: ein diffus gefaßter Extremismus - „egal von welcher Seite“ - wird strikt abgelehnt und verfolgt. Sehr zum Vorteil der rechten Jugendszene, die sich in der so entpolitisierten Atmosphäre offenbar bestens entfaltet. Dem alltäglichen Rassismus rechter Jugendlicher, ihrer aggressiven Gewaltbereitschaft und offenen Organisationsansätzen setzt akzeptierende Jugendarbeit per se, aber auch die politikfreie Zone der Jugendräume nichts oder doch zu wenig entgegen.

Trotzdem, immer wenn in den vergangenen Jahren Opfer rassistischer Gewalt und Morde an nicht-deutsch aussehenden Menschen zu beklagen waren, war es das Bestreben der Etablierten, in völliger Verkennung der Realität mit jeder Äußerung darauf hinzuweisen, daß es ja auch „linksextremistische Gewalt“ gebe. So auch in Guben: Dort hatte die PDS eine Sondersitzung der Stadtverordnetenversammlung (SVV) beantragt und zwei Anträge gestellt, die deutlich mit der sonstigen Beschwichtigungspolitik in Guben kontrastierten.¹⁴ Die PDS wollte, daß der Taxifahrer, der in der Tatnacht einen der Verfolgten, Issaka Kaba, in Sicherheit brachte, ins Goldene Buch der Stadt eingetragen werde. Außerdem regte die PDS in einer weiteren Vorlage an, an Bundesinnenminister Schily zu appellieren, etwas gegen die Kriminalisierung von Taxifahrern im Grenzgebiet zu unternehmen, damit diese nicht weiter davor zurückschrecken, ausländische Personen zu befördern.¹⁵

Am 17. März 1999 trat das Gremium zusammen. Schon der parteilose Bürgermeister Gottfried Hain wies darauf hin, daß er erschreckende Zuschriften sowohl aus dem „linksextremen“, als auch dem „rechtsextremen Spektrum“ bekommen habe, die ihn zu dem Schluß kommen ließen, „daß in Deutschland zu viele Leute auf Kosten der Gesellschaft lebten“. Was immer hinter dieser Andeutung steckt, auch Hain hat die entpolitisierte Position verinnerlicht, er sieht nur „menschenverachtende Ideologien“, wo rechte Gewalt die Straßen kontrolliert und „linke Gewalt“ höchstens noch in hilflosen Versuchen der Selbstverteidigung innerhalb rassistisch bestimmter „national befreiter Zonen“ vorkommt. Auch ein weiterer Stadtverordneter, Klaus-Dieter Müller von der SPD, meinte auf diese vermeintliche Schlagseite der Diskussion hinweisen zu müssen: „Ich glaub, ich hör immer nur rechts. Ich finde hier nicht vor, das Weiterbildungen auch zu Linksextremismus angeboten werden sollen.“ Um was für eine katastrophale Fehleinschätzung dessen, was auf den Straßen ihrer Stadt vor sich geht, es sich bei diesen vernommenen Mahnungen handelt, läßt sich kaum besser als mit diesen Zitaten belegen. Mordtaten an ausländischen Menschen, rassistische Übergriffe und schikanöse Ausgrenzung sowie Angriffe auf andere unliebsame Individuen hingegen sind Sache rechtsgerichteter Jugendlicher und organisierter Neonazis - und einer Gesellschaft, die auf diese geballte Menschenverachtung stereotyp mit dem Hinweis auf die Gefahren des „Linksextremismus“ reagiert.¹⁶

Quantität statt Qualität

¹⁴ Die Anträge wurden an der Hauptausschuß der SVV verwiesen und – nach Auskunft der PDS-Fraktionsvorsitzenden Kerstin Nedoma am 13.2.2000 - bis heute verschleppt

¹⁵ Seit Mitte 1997 läuft im ostsächsischen Grenzraum um Zittau und Görlitz eine beispiellose Prozeßwelle, in deren Verlauf zahlreiche Taxifahrer wegen des „Einschleusens von Ausländern“ zu hohen Haftstrafen, regelmäßig ohne Bewährung, verurteilt werden. Die überaus fragwürdige Urteilsfindung erregt bis heute überregional Aufsehen und Proteste, vgl. Forschungsgesellschaft Flucht und Migration, Die Grenze - Flüchtlingsjagd in Schengenland, hrsg. vom Niedersächsischen Flüchtlingsrat und Pro Asyl, August 1998, S. 101ff

¹⁶ Vgl hierzu Burkhard Schröder: Im Griff der rechten Szene. Ostdeutsche Städte in Angst, S. 70ff, 79, 82f

Die Informationen zur Angebotsstruktur der Jugendarbeit in Guben in jener SVV indes, die Jugenddezernent Joachim Speichert (SPD) und die Leiterin des Amtes für Schulverwaltung, Jugend, Kultur und Sport, Hannelore Menzel, dann mittels in rasender Geschwindigkeit aufgelegter Folien mit bunten Torten-Diagrammen und Statistiken vortrugen, waren ebenso wenig geeignet, zum Kern des Problems vorzudringen. Es sollte offenbar der Eindruck vermittelt werden, daß mit einer derart breitgefächerten „Produkt“-Palette, wie Speichert das nannte, und dem allseits gelobten Engagement der sich ständig fortbildenden über 30 Jugendsozialarbeiter in Guben die Verantwortung für Fehlentwicklungen nicht in diesem Bereich zu suchen sei. Was hier schillernd verschossen wurde, ähnelte auf geradezu groteske Weise dem bunten Feuerwerk, das Ley zur Rechtfertigung seiner Leistungen abbrennt.

Daß es sich in Guben um dieselben Probleme handelt, die schon in anderen Städten Brandenburgs nach vergleichbaren Schreckensereignissen festgestellt wurden, mußte der Versammlung von Außen mitgeteilt werden. Der Vertreter des Kreises Spree-Neiße, Herrmann Kostrewa, Dezernent für Bildung, Soziales, Jugend und Gesundheit, stellte das Bild der Gubener Jugendsozialarbeit vom Kopf auf die Füße. Er diagnostizierte eine deutliche Überforderung. Zwar gebe es, so SPD-Mann Kostrewa, quantitativ ein ungewöhnlich großes Angebot. Doch mangle es erheblich an der notwendigen Qualität. Kostrewa führte diese Situation auf fehlende fachliche Qualifikationen der überwiegenden Zahl der Sozialarbeiter zurück, auf eine zu hohe Fluktuation von ABM-Kräften und die deshalb fehlende Kontinuität in diesem sensiblen Bereich sowie auf den umstrittenen Ansatz der akzeptierenden Jugendarbeit. Er forderte deshalb eine Verbesserung und Sicherung der fachlichen Kompetenz der Sozialarbeiter und Streetworker sowie eine bessere Vernetzung der Angebote und der freien Träger. Immerhin gestand der Leiter des Runden Tisches Jugend, der einstige DSU- und jetzige CDU-Mann Mahro, im Laufe der Sitzung ein, daß das Konzept der Friedensgespräche zwischen „allen“ Gruppierungen Jugendlicher - also auch der Jung-Nazis - in Guben gescheitert sei. Der 1993 nach dem Aufbränden rassistischer Gewalttaten und Auseinandersetzungen zwischen linken und rechten Jugendlichen gegründete Runde Tisch führte außer den Jugendlichen aus Guben und Umgebung auch Vertreter der Polizei, der Stadtratsfraktionen, der Staatsanwaltschaft und anderer Behörden zusammen. Auch einer der im Hetzjagd-Prozess angeklagten Neonazis, der NPD-Mann Alexander Bode, nahm an Sitzungen des Runden Tisches teil. Den Jugendlichen ging das Procedere schon sehr bald auf die Nerven, weil sich der Runde Tisch rasch zu einem Profilierungsforum für Erwachsene entwickelte. Zumal die wenigen linken Jugendlichen nahmen nur noch sporadisch an den Sitzungen des Gremiums teil, da ihnen vielfach die Verantwortung für die Gewalteskalation zugeschrieben wurde. Nicht diejenigen also, von denen die Gewalt ausging fanden sich an den Pranger gestellt, sondern diejenigen, die sich als letzte und einzige gegen die Dominanz rechter Jugendlicher zur Wehr setzten: Antifas und Linke. Auch dies ein Vorgang der sich auf gespenstische Weise in anderen Städten Brandenburgs so zugetragen hat. Wenn niemand mehr gegen Rechte aufmuckt, wird wieder Frieden einkehren in der dann „befreiten Zone“. Mahro gestand auf der SVV als Mangel ein, daß zuviel Verwaltung im Spiele war, der Runde Tisch zu oft eine Feuerwehr-Funktion hatte und weniger Jugendliche ansprach als Funktionären der Kommunalpolitik ein Forum war. Ein Lichtblick könnte auch sein, daß sich der Rat schließlich darauf einigen konnte, ein Hilfsangebot des Mobilien Beratungsteams (MBT) der Regionalen Arbeitsstelle für Ausländerangelegenheiten, Jugend und Schule (RAA) anzunehmen und an den

Problemen im Bereich der Jugendsozialarbeit und der Gewaltfrage arbeiten zu wollen. Solche Einigungen funktionieren jedoch nur nach der Sprachregelung, daß keine politische Richtung benannt werden darf und von Rassismus keine Rede sein darf. Omar ben Noui / Farid Guendouls Tod hat ein „ganz normales“ Gewaltphänomen zu sein, welches das Gemeinwesen zu meistern in der Lage ist.

Der Rest ist Schweigen

Schon in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vermieden es alle RednerInnen - mit Ausnahme der PDS-VertreterInnen - die tödliche Hetzjagd überhaupt zu benennen, unisono ist nur noch vom „Dreizehnten Zwoten“ die Rede. In Guben scheint die Version schon durch, daß der unglückselige Tote wohl hauptsächlich selbst an seiner schweren Verletzung Schuld war. Niemand habe ihn gezwungen durch die Scheibe zu springen, das hört man im Büro des Jugendpflegers ebenso wie von einem jungen Neonazi, den man zufällig am Bahnhof in Guben trifft und der zufällig jener ist, der nach ben Noui / Farid Guendouls Tod die besagte Auseinandersetzung mit den kurdischen Asylbewerbern in einer Spielhalle hatte.

Was die paar verbliebenen Aktiven der Antifa Guben beobachten, daß nämlich der Tod Omar ben Noui / Farid Guendouls eine Stärkung der rechten Szene bewirkt hat, das braune Solidaritätsbekundungen und Delegationen aus der ganzen Region eintrafen, daß auch zerstrittene rechte Gruppen wieder einen Schulterschuß vollzogen und daß eine Mehrheit in der Stadt eher den Toten als den Tätern Vorwürfe macht, interessiert kaum jemanden. Dies wird nur vom Gubener NPD-Landtagskandidaten, Ronny Reich, bestätigt, der die Stimmung der Bevölkerung nach dem „Vorfall“ als guten Ausgangspunkt für seinen Wahlkampf wertet. Seine Botschaft ist eindeutig: „Wenn wir hier nicht angegriffen werden, sind von uns keinerlei Ausschreitungen zu erwarten!“